

Antrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Bundesvorstand (Beschluss vom 13.04.2015)

Tagesordnungspunkt: Wirtschaftspolitik

1 Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

2 Das Streben nach Wohlstand und Stabilität war immer ein wesentliches Motiv für
3 die europäische Integration. Doch Europa kämpft derzeit mit tiefgreifenden
4 ökonomischen und sozialen Problemen. Die Wirtschaftsleistung ist in vielen
5 Ländern stark gesunken, die Arbeitslosigkeit dagegen dramatisch angestiegen.
6 Zudem hat sich die Verschuldung, vor allem im Zuge der Rettung von Banken,
7 massiv erhöht. Die Gefahr einer lang anhaltenden Deflation ist real und
8 keineswegs gebannt.

9 In vielen Mitgliedstaaten wachsen Jugendliche in prekären Verhältnissen auf und
10 verlieren den Glauben an die Zukunft. Es droht eine verlorene Generation. Die
11 wirtschaftliche Lage verstärkt die politische Instabilität vor allem in den
12 Staaten der Europäischen Union (EU), in denen populistischer Nationalismus
13 ohnehin Frieden, soziale Gerechtigkeit und Freiheit bedroht. Angesichts der sich
14 verändernden Weltlage und der Konflikte an den EU-Außengrenzen, wie in der
15 Ukraine oder im Nahen und Mittleren Osten, sowie der weiter zunehmenden Zahl von
16 Flüchtlingen gilt es den Zusammenhalt Europas als solidarische und friedliche
17 Wertegemeinschaft zu bewahren. Wir GRÜNE wollen diese Herausforderungen im
18 Geiste europäischer Solidarität meistern. Der Green New Deal ist ein kräftiges
19 Signal nach innen wie nach außen, dass die EU sich nicht auseinander dividieren
20 lässt.

21 Die ökonomischen und sozialen Probleme verdrängen zudem die Auseinandersetzung
22 mit der ökologischen Krise, obwohl diese keinen Aufschieb zulässt. Laut WWF
23 brauchen wir im Jahr 2030 eine zweite Erde, um unseren Ressourcen hunger auf
24 jetzigem Niveau zu stillen. Doch statt dieses zentrale Problem anzupacken,
25 ermatten in der EU die Anstrengungen, den dringend notwendigen ökologischen
26 Umbau der Gesellschaft voranzubringen.

27 Um die ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme in Angriff zu nehmen,
28 müssen wir umsteuern. Dazu brauchen wir einen Green New Deal für Europa, der
29 eine umfassende Antwort auf die Krisen der Gegenwart gibt. Er enthält mehrere
30 Komponenten: eine nachhaltige Investitionsstrategie, die auf ökologische
31 Innovationen setzt statt auf maßlose Deregulierung; eine Politik der sozialen
32 Gerechtigkeit statt der Gleichgültigkeit gegenüber der ständig schärferen
33 Spaltung unserer Gesellschaften; eine Politik, die auch unpopuläre
34 Strukturreformen angeht, wenn diese zu nachhaltigem Wachstum und mehr
35 Gerechtigkeit beitragen; ein Politik die Probleme wie Korruption und mangelnde
36 Rechtsstaatlichkeit angehen und eine Politik, die die Glaubwürdigkeit in Europa,
37 dass Schulden auch bedient werden, untermauert.

38 All das ist Teil des Green New Deal, denn isolierte Antworten auf einzelne
39 Herausforderungen reichen nicht aus. Uns ist klar, Sparen allein ist nicht der
40 Weg, um aus der Krise zu kommen. Man kann sich nicht aus der Krise
41 heraus schrumpfen. Deshalb erteilen wir der Kaputtsparpolitik eine klare Absage.
42 Ebenso klar sagen wir aber, dass Investitionen sich nur lohnen werden, wenn sie
43 nachhaltig wirken und finanziert sind. Auch müssen die Rahmenbedingungen durch
44 Strukturreformen so gestaltet werden, dass es zu einem Aufschwung kommen kann.
45 Nur dieser neue Kurs erlaubt es der EU die Ziele der Solidarität, der Solidität
46 und der Nachhaltigkeit gemeinsam zu erreichen.

47 **Die Kaputtsparpolitik ist gescheitert**

48 Die Strategie zur Krisenbewältigung der letzten fünf Jahre hat zwar ein
49 wichtiges Ziel erreicht: Der Euro, als entscheidendes Element der europäischen
50 Integration und des europäischen Zusammenhalts, konnte bislang gerettet werden.
51 Dafür hat Europa neue Instrumente und Mechanismen geschaffen, wie den Euro-
52 Rettungsschirm mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) oder die
53 Bankenunion. Aber diese Instrumente allein werden die tiefgreifenden Probleme
54 nicht lösen - weder politisch noch wirtschaftlich.

55 Die Mängel und Fehler der bisherigen Politik weiter zu ignorieren, gefährdet
56 jedoch den Zusammenhalt in Europa. Einseitiges Sparen, oftmals an der falschen
57 Stelle, und fehlende Impulse für die Wirtschaft, falsche Strukturreformen und
58 mangelnder politischer Wille werden Europa wirtschaftlich nicht nach vorne
59 bringen. Das ist in Europa und bei unseren Partnern weltweit fast unbestritten.
60 Nur in Berlin scheint dies nicht überall der Fall zu sein. Doch es gefährdet
61 auch Deutschland, vor den Tatsachen weiter die Augen zu verschließen.
62 Bundeskanzlerin Merkel trägt deshalb zusammen mit den Verantwortlichen in
63 Brüssel und anderen europäischen Hauptstädten eine große Verantwortung für die
64 aktuelle Situation. Die bisherigen Anstrengungen bleiben weit hinter dem
65 Notwendigen zurück. Investitionen wurden zu lange ausgebremst und zentrale
66 Probleme sind weiterhin ungelöst: Die Schuldenquoten der Programmländer sind
67 höher als vor der Krise. Von den Euro-Staaten, die ein Kredithilfeprogramm in
68 Anspruch nehmen mussten, verzeichnen nur Irland und Lettland ein deutliches
69 Wirtschaftswachstum.

70 Die Investitionen sind in der EU seit 2008 jedoch um 15% gesunken. Auch
71 Deutschland muss öffentliche und private Investitionen im Inland ankurbeln, um
72 eine moderne, zukunftsfähige und vor allem auch intakte Infrastruktur für
73 Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen zu gewährleisten. Hier herrscht enormer

74 Nachholbedarf um den ökologisch-sozialen Wandel der Wirtschaft voranzubringen.
75 Doch das derzeitige Modell hoher Exportüberschüsse geht auf Kosten notwendiger
76 Investitionen im Inland. Unsere europäischen Nachbarn würden von der
77 zusätzlichen Nachfrage ebenfalls profitieren und Leistungsbilanzdefizite und -
78 überschüsse zwischen den Euro-Ländern könnten weiter abgebaut werden.

79 Weil wir Umweltzerstörung, Massenarbeitslosigkeit, soziale Verwerfungen und
80 Perspektivlosigkeit für viele Millionen Menschen in Europa nicht länger
81 hinnehmen wollen, setzen wir auf den Green New Deal. Deutschland muss diesen
82 Strategiewechsel vorantreiben.

83 **Griechenland braucht Luft zum Atmen**

84 Es muss sich etwas grundlegend ändern am Umgang mit Griechenland. Die bisherige
85 Politik hat nicht dazu geführt, dass die griechische Wirtschaft wieder auf
86 eigenen Beinen stehen kann. Die Schuldenquote des Landes hat sich seit Beginn
87 der Krise um etwa zwei Drittel von 109 Prozent auf 175 Prozent des
88 Bruttoinlandsprodukts erhöht, obwohl Griechenland heute über 30 Prozent weniger
89 Staatsausgaben hat als noch vor fünf Jahren. Grund dafür ist der Einbruch der
90 Wirtschaftsleistung und eine eklatante Nachfrageschwäche, die durch die
91 einseitige Sparpolitik verschärft statt gemindert wird. Investitionen finden in
92 Griechenland seit Jahren fast nicht mehr statt, auch weil die politische
93 Sicherheit nicht gewährleistet ist. Debatten um einen „Grexit“, wie aus Kreisen
94 der Bundesregierung zu Beginn des Jahres begonnen, sind deshalb fatal. Sie
95 untergraben das Vertrauen in das Land und die dringend notwendige
96 Investitionssicherheit und kosten am Ende die europäischen Bürgerinnen und
97 Bürgern viel Geld und Chancen. Nur mit einem Aufschwung in Griechenland wird es
98 möglich sein, die Schuldenlast zu senken. Alles andere schadet dem Vertrauen in
99 das Land und am Ende auch unserer gemeinsamen Währung. Wir sehen die Zukunft
100 Griechenlands im Euro.

101 Das Wahlergebnis in Griechenland ist auch eine Chance. Es ist ein klarer
102 Fingerzeig, dass die Menschen dort die bisherige Politik und das alte System der
103 Vetternwirtschaft nach Parteibuch ablehnen. Die neue Syriza-geführte Regierung
104 hat damit ein Mandat zum Wandel. Sie hat zwar einzelne Reformideen, aber bisher
105 keinen ausgereiften Plan. Erschwerend kommt hinzu, dass Syriza als erste
106 Amtshandlung eine Koalition mit den rechtspopulistischen „Unabhängigen Griechen“
107 eingegangen ist, obwohl es mit der Partei To Potami eine linksliberale und pro-
108 europäische Alternative gegeben hätte.

109 Die schwere Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise, in die Griechenland vor über
110 fünf Jahren stürzte, wurde auch durch eine verfehlte Politik in Griechenland
111 ausgelöst. Doch sollten die EU und Deutschland, Griechenland Flexibilität
112 einzuräumen, um die schlimmsten Folgen und Fehler der bisherigen Krisenpolitik
113 abzumildern und den Kurs zu ändern.

114 Die harte Sparpolitik der letzten Jahre wurde in Griechenland besonders
115 ungerecht praktiziert und hat zu schweren sozialen Verwerfungen geführt. Anders
116 als in den baltischen Staaten hat die Politik hohe Einkommen und Renten im
117 öffentlichen Dienst viel stärker geschont als niedrige Einkommen und Renten. Die
118 Mittelschicht wurde durch Steuererhöhungen hart getroffen, während diejenigen

119 mit sehr großen Vermögen weiterhin keine großen Abgaben auf Eigentum und
120 Vermögen leisten. Zudem wurden viele wichtige Maßnahmen zur Linderung der
121 sozialen und ökologischen Härten nicht umgesetzt. Erst jetzt wird begonnen, eine
122 ärztliche Primärversorgung einzuführen. Es gibt keinerlei soziale
123 Grundsicherung. Diese Fehler der nationalen Politik, der Troika und der Euro-
124 Gruppe prangern wir an.

125 Bei den derzeit laufenden Verhandlungen zwischen der Euro-Gruppe und der
126 griechischen Regierung müssen nun gemeinsam vernünftige Kompromisse erarbeitet
127 werden. Dazu gehört, dass die griechische Regierung neue Wege der
128 Haushaltskonsolidierung geht und am Ziel nachhaltiger Staatsfinanzen festhält.
129 Dringend notwendige Strukturreformen müssen dafür auch gegen einflussreiche
130 Klientelgruppen umgesetzt werden. Aus unserer Sicht ist es deshalb notwendig,
131 die Steuerverwaltung weiter zu verbessern, um Steuervermeidung und -
132 hinterziehung besser zu verhindern. Griechische Bürgerinnen und Bürger, die
133 trotz eines großen Vermögens bislang keinen fairen Beitrag zum Gemeinwesen
134 geleistet haben, müssen endlich durch eine gerechte Besteuerung am Aufbau des
135 Landes beteiligt werden. Außerdem sollte die Regierung die immer noch weit
136 verbreitete Korruption entschlossen bekämpfen. Wir sehen sie auch in der
137 Pflicht, Maßnahmen gegen Armut und Arbeitslosigkeit zu ergreifen und Reformen
138 zur Effizienzsteigerung in der Verwaltung und mehr Rechtsstaatlichkeit
139 umzusetzen. Derartige Maßnahmen stärken ein Land auch als Investitionsstandort.

140 Geht die neue griechische Regierung diese Aufgaben entschlossen an, sollte die
141 Euro-Zone diesen Weg mit Erleichterungen bei Zinsen und Kreditlaufzeiten sowie
142 mit dem Verzicht auf sozial und ökonomisch falsche Sparvorgaben unterstützen. Ob
143 weitere Schuldenerleichterungen mittelfristig nötig werden, ist eine später zu
144 prüfende Frage. Griechenland braucht vor allem dringend mehr zukunftsfähige
145 Investitionen und muss sich dabei auf die Unterstützung der EU verlassen können.
146 Wir GRÜNE werden uns dafür einsetzen, dass europäische Investitionen vor allem
147 in die Länder fließen, die am stärksten von der Krise betroffen sind. Dafür
148 bedarf es jedoch sinnvoller Projektvorschläge. Griechenland hat enormes
149 Investitionspotenzial, beispielsweise im Ausbau erneuerbarer Energien, in
150 nachhaltiger Landwirtschaft und im Öko-Tourismus.

151 **Die EZB wird die Krise nicht alleine lösen können**

152 In dieser schwierigen Situation gibt es für die EU zwei Optionen: Die eine ist,
153 dass die Europäische Zentralbank (EZB) handelt, also nur geldpolitische
154 Maßnahmen ergriffen werden. Das passiert im Moment. Die bessere Option wäre,
155 dass endlich auch die europäischen Regierungen mehr Verantwortung übernehmen und
156 Investitionen möglich machen. Doch leider ist die Bundesregierung diesbezüglich
157 bisher völlig passiv.

158 Die EZB ist gezwungen zu handeln. Sie hat aber ihr Instrumentarium
159 konventioneller geldpolitischer Maßnahmen wie zum Beispiel Leitzinssenkungen
160 längst ausgereizt. Deshalb greift sie zu einer unkonventionellen Maßnahme: dem
161 Ankauf von Unternehmens- und Staatsanleihen. Wie gut die Maßnahme wirkt, ist
162 jedoch zweifelhaft.

163 Es ist klar: Wir können die Arbeit nicht allein der EZB überlassen. Sie stößt

164 mit ihren geldpolitischen Instrumenten an ihre Grenzen. Der Ball liegt in
165 Brüssel und in den europäischen Hauptstädten. Die Kanzlerin beharrt jedoch
166 darauf, die kurzsichtige Sparpolitik in Europa fortzusetzen. Während aus ihrer
167 Partei immer wieder die EZB kritisiert wird, hätte es die Bundesregierung selbst
168 in der Hand, problematische Maßnahmen der EZB überflüssig zu machen. Doch im
169 Bundeskanzleramt werden die notwendigen Investitionen blockiert.

170 **Investieren in Europa**

171 Um die ökonomischen, sozialen und ökologischen Krisen zu meistern brauchen wir
172 einen Green New Deal. Es kommt darauf an, die europäische Wirtschaft durch
173 Investitionen nachhaltig zu stabilisieren und gleichzeitig aktiv Wege in eine
174 ökologische Zukunft zu ebnen. Daher ist es an der Zeit für eine nachhaltige
175 Investitionsoffensive in Europa. Verschiedene Wirtschaftsinstitute schlagen
176 dafür sogar eine Größenordnungen von einem bis zwei Prozent des BIP vor.

177 Unsere rückständige Energie- und Wirtschaftspolitik kommt uns teuer zu stehen.
178 Wir sollten stattdessen den derzeitig niedrigen Ölpreis als Chance begreifen und
179 massive Investitionen in erneuerbare Energien, in Energieeffizienz und in neue
180 grüne Technologien tätigen. Das fördert auch größere Unabhängigkeit von
181 russischem Gas oder Ölvorkommen aus den Krisenregionen im Nahen und Mittleren
182 Osten.

183 Die zusätzlichen Investitionen müssen aus privaten wie auch aus öffentlichen
184 Quellen finanziert werden. Im Rahmen der Investitionsoffensive von EU-
185 Kommissionspräsident Juncker liegt der Vorschlag zur Errichtung eines
186 Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) auf dem Tisch. Der EFSI
187 bietet die Chance, endlich mehr Zukunftsinvestitionen europäisch zu generieren,
188 zu koordinieren und finanziell zu unterstützen. Das wäre auch ein Beitrag zur
189 weiteren wirtschaftspolitischen Integration der EU. Inwieweit der EFSI
190 erfolgreich sein wird, hängt von seiner konkreten Ausgestaltung ab. Für uns
191 GRÜNE ist dabei klar, dass europäische Projekte im Sinne eines Green New Deal
192 und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen gefördert werden sollen. Europa
193 braucht dringend mehr Investitionen in Energienetze aber auch in die
194 Schieneninfrastruktur, schnelles Internet sowie Bildung und Forschung. Zudem
195 bedarf es europäischer, demokratischer und transparenter
196 Entscheidungsstrukturen, damit der Fonds kein nationaler Selbstbedienungsladen
197 wird. Dabei müssen Europäische Akteure wie die EU-Kommission, das EU-Parlament
198 und die Europäische Investitionsbank eine Schlüsselrolle übernehmen. Außerdem
199 sollten nicht nur nationale Regierungen, sondern auch Länder, Kommunen,
200 Förderbanken, öffentliche Stellen und der Privatsektor Fondsgelder für ihre
201 Projekte beantragen dürfen. Der EU-Investitionsfonds soll Investitionsrisiken
202 mindern und so die Investitionsdynamik wieder ankurbeln, es darf jedoch keine
203 risikolosen Gewinne für private Investoren geben, wie das in Deutschland bei
204 teuren ÖPP-Projekten der Fall war und ist.

205 Die Bundesregierung muss dazu beitragen, dass der EFSI ein Erfolg wird. Wir
206 wollen, dass sich Deutschland spürbar daran beteiligt, um europäische
207 Zukunftsinvestitionen zu unterstützen. Doch die Bundesregierung bleibt bei ihrer
208 Haltung „Wir geben nichts“ und verpasst einmal mehr, Signalgeberin für eine
209 europäische Zukunft und mehr Solidarität zu sein.

210 Der im Juncker-Plan vorgesehene EFSI kann nur ein Baustein einer europäischen
211 Antwort auf die Krise sein. Riesige Mengen privaten Kapitals sind weiter in
212 Spekulationsblasen gebunden, statt der Realwirtschaft zugute zu kommen. Aber
213 wichtige Finanzmarktreforemen sind stecken geblieben. Neben höheren privaten
214 brauchen wir auch stärker öffentliche Investitionen in Europa. Dies könnte
215 beispielsweise über eine deutliche Stärkung des EU-Haushaltes erreicht werden.
216 Die Bundesregierung muss daher ihre strukturkonservative Verweigerungspolitik
217 aufgeben. Der EU-Haushalt muss aufgestockt werden und es müssen über die
218 bisherigen Strukturfonds hinaus bessere Möglichkeiten für die Förderung von
219 öffentlichen Investitionen geschaffen werden. Auch müssen endlich neue
220 Eigenmittelquellen erschlossen werden. So könnten Einnahmen aus einer
221 Finanztransaktionssteuer, die den Finanzsektor an den Kosten der Krise
222 beteiligt, in den EU-Haushalt fließen. Das würde die Union unabhängiger von den
223 jährlichen Verhandlungen über Beitragshöhen machen.

224 Falls nicht alle Mitgliedsstaaten bereit sind, einen höheren EU-Haushalt
225 mitzutragen, sollte im Rahmen des EU-Haushalts ein spezieller Investitionsfonds
226 für die Eurozone eingerichtet werden. Durch diesen sollten öffentliche
227 Investitionen getätigt werden. Rechtlich ist es möglich, so einen gesonderten
228 Haushaltsposten im Rahmen des EU Haushaltes zu errichten und demokratisch zu
229 kontrollieren. Diesen Fonds sollten sowohl Kommunen als auch regionale Akteure
230 in Anspruch nehmen können. Die Mittel sollten stärker in die von Krisen
231 betroffenen Länder fließen, aber die Vergabe sollte vor allem von der Qualität
232 der Projekte und der Notwendigkeit der Investition zur Erreichung der EU 2020
233 Ziele abhängig gemacht werden.

234 Die europäischen Mittel sollen im Sinne des Green New Deals verwendet werden.
235 Das heißt, sie könnten für eine konkrete europäische Investitionsoffensive in
236 den Gebäudebestand fließen; auch die öffentliche Finanzierung mit Priorität für
237 Sozialwohnungen, Krankenhäuser und Schulen erfüllt alle grünen Kriterien.
238 Zusätzlich könnten Haushalte mit niedrigem Einkommen finanziell unterstützt
239 werden, etwa bei der Anschaffung energieeffizienter Alternativen zu ihren strom-
240 und energiefressenden Haushaltsgeräten. Grüne Investitionen würden so
241 zielgerichtet auch das Problem von Energiearmut bekämpfen.

242 Ein weiteres Beispiel für die Notwendigkeit nachhaltiger Investitionen ist die
243 landwirtschaftliche Infrastruktur: Nach wie vor fördert die EU vor allem die
244 Industrialisierung und Exportorientierung der Landwirtschaft. Diese politische
245 Fördersystematik und der Preisdruck durch die zunehmende Marktmacht weniger
246 internationaler Handelskonzerne sorgen dafür, dass Millionen von Bauern und
247 Bäuerinnen dem Wachstumsdruck nicht standhalten können. Wir wollen mit dem Green
248 New Deal auch eine Agrarwende einleiten, durch die für alle saisonale, gesunde
249 und lokale Nahrungsmittel produziert werden können. Wir setzen auf den Umstieg
250 hin zu einer regional verankerten, bäuerlichen und ökologischen Landwirtschaft
251 in Europa

252 **Die richtigen Strukturreformen für Europa**

253 Es ist viel die Rede von Strukturreformen. Häufig sind damit Privatisierung und
254 Deregulierung gemeint, die nur selten zu einer nachhaltigen Verbesserung der
255 Lage führen. Dennoch sind Strukturreformen in Griechenland, genau wie in ganz
256 Europa dringend notwendig: Bessere Regulierung ist nötig, denn die

257 Rahmenbedingungen müssen stimmen, um einen ökologisch-sozialen Umbau in Europa
258 zu schaffen.

259 Ökologische Modernisierung der Wirtschaft vorantreiben

260 Wenn wir Investitionen in technologische Innovationen wollen, dann müssen wir
261 dafür sorgen, dass es sich lohnt innovativ zu sein. Wir treten deshalb für den
262 so genannten Top-Runner-Ansatz ein. Wir wollen damit einen Wettbewerb um die
263 besten Lösungen entfachen, bei dem die effizientesten Geräte den Standard setzen
264 und Stromfresser nach und nach aus den Regalen verschwinden. Dazu bedarf es
265 eines verbindlichen Effizienzziels für die EU und ehrgeiziger
266 Verbrauchsgrenzwerte für Autos und Elektrogeräte.

267 Aber auch auf der Branchenebene gibt es viel zu tun. Wir brauchen Initiativen,
268 um in Schlüsselbranchen die Grenzen aufzubrechen, zum Beispiel im Energiemarkt.
269 Eine Priorität muss die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Strommarktes
270 sein. Der Ausbau der entsprechenden Infrastruktur würde die Energiesicherheit
271 erhöhen, den Weg zu erneuerbaren Energien ebnen, Europa stärker zusammen führen
272 und Investitionen in Milliardenhöhe nach sich ziehen. Wir wollen deshalb eine
273 europäische Energieunion, die erneuerbare Energien fördert und die Abhängigkeit
274 von fossilen und nuklearen Quellen senkt. Dies wäre ein wichtiger Schritt für
275 die Schaffung einer Klimaunion, mit der Europa zum globalen Vorreiter beim
276 Klimaschutz wird. Das würde neben der Bekämpfung des Klimawandels für mehr
277 zukunftsfähige Jobs in der EU und zu einer Reduzierung der Abhängigkeit
278 geopolitisch fragwürdiger Bezugsquellen sorgen.

279 Ein ähnlich anspruchsvolles Projekt wäre die Schaffung eines wirklich
280 gemeinsamen Eisenbahnnetzes. Der politische Beschluss zum Ausbau der
281 Schienennetze würde große Investitionen nach sich ziehen.

282 Den IT-Binnenmarkt gestalten und auf Nachhaltigkeit ausrichten

283 Die Schaffung eines einheitlichen IT-Binnenmarktes in Europa ist für eine
284 dauerhafte Wiedergewinnung einer stärkeren Dynamik der europäischen Wirtschaft
285 unverzichtbar. Bei der Anwendung von Industrie 4.0-Konzepten können auch
286 wesentliche Fortschritte bei Energie- und Ressourceneffizienz erzielt werden.
287 Gerade weil innovative Industrieunternehmen wichtige Partner für die von uns
288 angestrebte ökologisch-soziale Modernisierung der Wirtschaft sein können, wollen
289 wir, dass die deutsche und die europäische Industriepolitik das enorme
290 Veränderungspotential nutzt, statt die Chance zur Technologieführerschaft durch
291 Zögerlichkeit und nationalen Eigensinn zu verpassen.

292 Unter der Überschrift Industrie 4.0 werden derzeit für ganz unterschiedliche
293 Wirtschaftssektoren neue Management- und Geschäftsmodelle entwickelt. Deren
294 mögliche Auswirkungen auf Verbraucherschutz, Datensouveränität, Qualität der
295 Arbeit und den wahrscheinlichen Wegfall bisheriger Arbeitsplätze im Service-
296 Bereich sind kritisch zu diskutieren und hinterfragen. Es ist dabei geradezu
297 eine Chance, wenn das Bekenntnis zu einem verlässlichen, bürgerrechtlich
298 begründeten Datenschutz ins Zentrum einer europäischen IT-Entwicklungsstrategie
299 gestellt wird.

300 Steuergerechtigkeit schaffen, Handlungsspielräume zurück gewinnen

301 Jedes Jahr gehen der EU eine Billion Euro durch Steuervermeidung und -
302 hinterziehung verloren; Geld, das dringend für Investitionen benötigt wird. Der
303 LuxLeaks-Skandal hat gezeigt, wie tief das Geschäft mit der Steuervermeidung für
304 besonders zahlungskräftige Kunden in die Steuerpraxis eingedrungen und wie sehr
305 es zum Normalfall geworden ist. Es ist leider nicht auf Luxemburg begrenzt. Zur
306 Vermeidung übermäßiger öffentlicher Defizite, wie der Stabilitäts- und
307 Wachstumspakt sowie der Fiskalpakt es vorsieht, kann die Politik nicht allein
308 auf der Ausgabenseite ansetzen sondern muss auch für die Verbesserung der
309 Einnahmenseite sorgen. Es muss deshalb gemeinsames Ziel aller Mitgliedsländer
310 und der EU-Institutionen sein, den Kampf gegen diese Steuerbetrügereien zu
311 koordinieren und gemeinsam energisch anzugehen.

312 Wir schlagen einen Steuerpakt vor, der die Kooperation der Staaten in
313 Steuerfragen mit konkreten Maßnahmen verbessern soll, um so die Steuervermeidung
314 in Europa zu unterbinden. Die Mittel, die dadurch zusätzlich eingenommen werden,
315 sollen grundsätzlich für zusätzliche Investitionen verwendet werden. Ein Teil
316 dieses zusätzlichen Steueraufkommens soll über den EFSI hinaus auf europäischer
317 Ebene für gemeinsam definierte Investitionsprioritäten verwendet werden.

318 Hohe Vermögen und Einkommen, die es auch in den Krisenstaaten gibt, müssen
319 stärker als bisher in die Pflicht genommen werden. Denn die Vermögen der einen
320 sind die Schulden der anderen. Das muss auch europäisch koordiniert werden, so
321 dass es nicht zu einer Verschiebung des Kapitals vom einen Mitgliedstaat in den
322 anderen kommt. Deshalb braucht es auch einen klaren Zeitplan zur Einführung
323 einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB)
324 und eine europaweite Koordination der Unternehmensbesteuerung. Wir schlagen vor,
325 einen konkreten Pfad zu einem Mindeststeuersatz zu vereinbaren. Außerdem müssen
326 wir europaweit definieren was rechtlich unter einer sogenannten Steueroase zu
327 verstehen ist. Wir müssen Tax-Rulings wie zuletzt in Luxemburg unterbinden und
328 länderbezogene Berichterstattungspflichten (country-by-country-reporting) von
329 grenzüberschreitend tätigen Unternehmen einführen. Die Bundesregierung blockiert
330 hier noch immer.

331 Für fairen Wettbewerb in Europa sorgen und monopolistische Strukturen aufbrechen

332 Die europäische Politik ist in den nationalen Hauptstädten und in Brüssel dem
333 Einfluss mächtiger Lobbygruppen ausgesetzt, die dafür kämpfen ihre Pfründe zu
334 sichern. Vor allem weil der Einfluss dieser Lobbygruppen nicht transparent ist
335 und die reichsten Lobbyinteressen weitaus mehr Macht und Einfluss als
336 Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen haben, ist das eine schwere
337 Belastung für die europäische Demokratie. Diese Lobbyinteressen organisieren
338 sich in Brüssel, aber auch über die Positionierungen der nationalen Regierungen
339 im Rat. Ein gutes Beispiel für Ersteres ist der Wirtschaftsverband
340 „Businesseurope“, der seit Jahren gegen strengere EU-Klimaziele kämpft. Dabei
341 arbeitet der mächtige Verband systematisch gegen erneuerbare Energien und für
342 die alten Riesen der Öl- und Kohleindustrie. Ein gutes Beispiel für Letzteres
343 sind die von Deutschland im Europäischen Rat durchkreuzten Versuche strengere
344 Emissionsgrenzwerte für PKW in Europa durchzusetzen. Anscheinend reichte ein
345 Anruf im Bundeskanzleramt und die Bemühungen von EU-Parlament und EU-Kommission
346 scheiterten.

347 Gleichzeitig schreitet die wirtschaftliche Konzentration in Europa zusehends

348 voran, etwa in der Agrarindustrie oder im Einzelhandel. Wenn wir die ökologisch-
349 soziale Modernisierung der Wirtschaft vorantreiben wollen, müssen wir für fairen
350 Wettbewerb sorgen und monopolistische Strukturen in der europäischen Wirtschaft
351 aufbrechen, um Marktwirtschaft zu fördern. Dass die EU hier wirksam handeln
352 kann, zeigt der Energiebereich: So zwang die EU z.B. Energiekonzerne wie RWE
353 dazu ihre Gasnetze zu veräußern und so für mehr Wettbewerb zu sorgen. Wir GRÜNE
354 setzen uns deshalb für eine aktive europäische Wettbewerbspolitik ein. Dazu
355 werden neue Instrumente und Institutionen in der europäischen Wettbewerbspolitik
356 benötigt; vor allem ein eigenständiges europäisches Kartellamt, das im Zweifel
357 auch über die Kompetenz verfügt, Konzernstrukturen bei zu großer
358 wirtschaftlicher und damit politischer Macht zu entflechten.

359 Zunächst steht aber vor allem mehr Transparenz im Vordergrund, indem die
360 Lobbyaktivitäten in Brüssel transparenter gemacht werden. Wir begrüßen die
361 Ankündigung der EU-Kommission alle Lobbyistenkontakte der KommissarInnen und
362 ihrer wichtigsten MitarbeiterInnen „als generelle Regel“ veröffentlichen zu
363 wollen. Skeptisch machen uns interne Dokumente, die besagen, Transparenz bei
364 Gesprächen der KommissarInnen und MitarbeiterInnen auf Grundlage der bestehenden
365 Richtlinie für Dokumentenzugang umzusetzen. Sie sieht viele Ausnahmen vor und
366 ergab auf zivilgesellschaftlichen Anfragen oft vor allem geschwärzte
367 Papierseiten. Deutlich schlechter sieht es in Deutschland aus. Die Große
368 Koalition lehnt ein Transparenzregister bislang völlig ab. Wir begrüßen auch die
369 Ankündigung eines verbindlichen Lobbyregisters, das nun EU-gesetzlich und nicht
370 nur über Vereinbarungen zwischen EU-Institutionen umgesetzt werden muss.

371 Derzeit besteht zudem die Gefahr, dass Transparenz und demokratische Strukturen
372 in Europa durch die Handelsabkommen TTIP, CETA und TISA noch geschwächt werden.
373 Wir lehnen Spezialrechte für Investoren genauso ab wie lobbygetriebene
374 Standardsetzung im Rahmen der regulatorischen Kooperation, die hohe Umwelt- und
375 Sozialstandards auszuhöhlen drohen. Diese Inhalte der Handelsabkommen sind
376 demokratisch fragwürdig und stellen eine erhebliche Begünstigung großer,
377 einflussreicher Akteure gegenüber kleinen und mittleren Unternehmen dar.

378 Soziale Mindeststandards sichern

379 Die Europäische Union ist nicht nur eine Wirtschaftsunion, sondern auch eine
380 Union der Werte. Im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)
381 wird Bezug auf die Europäische Sozialcharta und die Gemeinschaftscharta der
382 sozialen Grundrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer genommen und betont,
383 dass sowohl die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, eine
384 Angleichung derselben in der EU und ein angemessener sozialer Schutz fester
385 Bestandteil der Europäischen Zielsetzungen sind.

386 Wir GRÜNE fordern, dass alle EU-Mitgliedstaaten verpflichtet werden, soziale
387 Mindeststandards zu erfüllen, eine Mindestsicherung zu schaffen, die Rechte von
388 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu stärken sowie den Zugang zur sozialen
389 Sicherung für alle, insbesondere zur Gesundheitsversorgung, zu ermöglichen. Das
390 hat nicht nur sozialpolitische, sondern auch wirtschaftspolitische Gründe.

391 Die Wachstumsunterschiede in der Euro-Zone haben in den vergangenen Jahren
392 weiter zugenommen. Während Deutschland einen enormen Leistungsbilanzüberschuss

393 aufweist, kämpfen andere Mitgliedsstaaten mit Leistungsbilanzdefiziten.
394 Sozialpolitische Maßnahmen in den verschiedenen Mitgliedstaaten können diese
395 Unterschiede verstärken. Es ist für uns deshalb wichtig, dass nicht nur die
396 Wirtschafts- und Finanzpolitik, sondern auch die Sozialpolitik auf europäischer
397 Ebene stärker koordiniert wird, da herkömmliche konjunkturpolitische Instrumente
398 der Geldpolitik den Staaten der Eurozone nicht mehr zur Verfügung stehen. Europa
399 braucht neue Strukturen, um mit diesen Schieflagen künftig besser umgehen zu
400 können. Dabei geht es zum einen um eine bessere soziale Absicherung der Menschen
401 in Europa. Gleichzeitig geht es darum, durch wirklich europäische automatische
402 Stabilisatoren Abschwungtrends etwas entgegen zu setzen. Denn Auf- und Abschwung
403 verteilen sich über die Mitgliedstaaten unterschiedlich. Um diese
404 unterschiedlichen Auswirkungen auszugleichen, reichen nationale Maßnahmen nicht
405 aus. Europäische Sozialsysteme könnten als automatische Stabilisatoren gegen
406 solche asymmetrischen Schocks wirken. Die EU-Kommission soll deshalb prüfen wie
407 eine europäische Basis-Arbeitslosenversicherung praktisch umgesetzt werden
408 könnte. Dabei geht es uns nicht um eine Vereinheitlichung der Sozialsysteme,
409 sondern lediglich darum einen Teil der bestehenden nationalen
410 Arbeitslosenversicherungen zu ersetzen.

411 Es geht dabei um wirtschaftliche Stabilität aber auch um soziale Gerechtigkeit
412 und nicht zuletzt um den Zusammenhalt in Europa. 50 Prozent
413 Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland und Spanien, knapp 45 Prozent in Italien,
414 35 Prozent in Portugal und Italien und 25 Prozent in Frankreich und der gesamten
415 Euro-Zone bedeutet, dass eine ganze Generation unter der verheerenden
416 wirtschaftlichen Krise Europas leidet. Diese Menschen haben kaum positive
417 Erfahrungen mit der Europäischen Union gemacht. Wenn wir wollen, dass Europa
418 auch in Zukunft noch stark ist, dann müssen wir ihnen zeigen, dass Europa auch
419 Solidarität bedeutet.

420 Europäischer Währungsfonds statt Troika-Politik

421 Wir setzen uns dafür ein, dass mittelfristig statt des ESM und der Troika bzw.
422 der Institutionen ein Europäischer Währungsfonds (EWF) unter Kontrolle des EU-
423 Parlaments (EP) für die Reformprogramme zuständig ist. Hierfür müssen die
424 Europäischen Verträge geändert und die Mittel des ESM auf die EU übertragen
425 werden. Weiterhin soll dabei gelten: Finanzielle Unterstützung kann es nicht
426 ohne Kontrollen geben.

427 Wenn der ESM zu einem EWF umgewandelt worden ist, muss das Europaparlament, als
428 einzige direkt von der Bevölkerung legitimierte EU-Institution, ein
429 Mitentscheidungsrecht bei der Ausgestaltung der Kredit- und Reformprogramme von
430 Mitgliedsstaaten bekommen. Allerdings ist auch klar, dass so lange die Garantien
431 für Kreditprogramme aus den nationalen Haushalten stammen, in Deutschland eine
432 vorherige Zustimmung des Bundestages aus demokratischen wie
433 verfassungsrechtlichen Gründen geboten ist und die Mitwirkung des EP nur
434 begrenzt sein kann.

435 Bis zur Umwandlung in einen europäischen Währungsfonds ist es aber dringend
436 geboten, die aktuellen Strukturen zu demokratisieren. Das bedeutet, dass sich
437 die Troika bzw. die Institutionen dem EP gegenüber verantworten muss und deren
438 Entscheidungen auch in gemeinsamen Sitzungen mit Abgeordneten aus dem
439 betroffenen nationalen Parlament diskutiert und kontrolliert werden. Um

440 Interessenkonflikte zu vermeiden und die geldpolitische Unabhängigkeit nicht zu
441 gefährden, sollte für die EZB zukünftig nur noch ein Beobachterstatus vorgesehen
442 werden.

443 **Ein Europäischer Konvent zur Zukunft der EU und zum Umgang mit der Verschuldung**
444 **in Europa**

445 Die Herausforderungen für Europa sind enorm. Spätestens seit Ausbruch der
446 Wirtschafts- und Finanzkrise ist offenkundig, dass eine gemeinsame Währung und
447 ein EU-Binnenmarkt ohne eine gemeinsame Wirtschafts-, Finanz-, Haushalts- und
448 Steuerpolitik nicht funktionieren können. Wir GRÜNE wollen daher mehr
449 Kompetenzen auf die europäische Ebene übertragen mit dem Ziel einer politischen
450 Union und gestärkten EU-Institutionen. Das EP wollen wir nicht nur zum
451 Gegenspieler des Rats machen, sondern es soll auch die Arbeit der Euro-Gruppe
452 stärker kontrollieren. Aber vor allem: Wir GRÜNE stehen unseren europäischen
453 Nachbarn gerade dann solidarisch bei, wenn sie unsere Hilfe brauchen.

454 Eine Vertiefung der Europäischen Integration wird eine Änderung der EU-Verträge
455 mit sich bringen, die jedoch keinesfalls in Hinterzimmern, sondern in einem
456 öffentlichen, demokratischen und bürgerfreundlichen Verfahren diskutiert und
457 erarbeitet werden muss. Es wird dabei nicht ausreichen nur über ein Paket von
458 Maßnahmen zu verhandeln, sondern die Bürgerinnen und Bürger der EU haben auch
459 ein Recht darauf zu erfahren, wohin sie sich weiterentwickeln soll. Deswegen
460 streiten wir GRÜNE schon lange für einen Europäischen Konvent zur Zukunft der
461 EU.

462 Die Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa hat große Schuldenberge hinterlassen.
463 Diese Altlasten werden nicht beseitigt, indem man sie ignoriert. Wir müssen uns
464 realistisch mit der Frage befassen, wie wir diese Schuldenberge wieder abtragen
465 können. Diese Frage gefährdet inzwischen die europäische Demokratie: die
466 Handlungsfähigkeit vieler Mitgliedsstaaten wird dadurch in Frage gestellt und
467 damit letztlich auch die Freiheit zu demokratischen Entscheidungen. Deswegen
468 muss diese Frage in einem Europäischen Konvent diskutiert werden.

469 Wir GRÜNE wollen aber, dass Deutschland bereits jetzt endlich seiner
470 Führungsrolle gerecht wird und mit seinen Partnern einen europäischen Rahmen für
471 den Abbau der exzessiven Verschuldung organisiert, in dem jedes Land für seine
472 Schulden verantwortlich bleibt. Alles was die Bundesregierung dafür tun muss
473 ist, den Vorschlag des eigenen Sachverständigenrats zu einem
474 Altschuldentilgungsfonds endlich aufzugreifen: für die Zeit seines Bestehens
475 sollen im Rahmen dieses Fonds Eurobonds ausgegeben werden und so die Zinslast
476 für die Krisenstaaten langfristig ohne neuerliche Aktivität der EZB gedrückt
477 werden. Die Geschwindigkeit der Tilgung würde sich an der wirtschaftlichen
478 Dynamik orientieren können und damit Ausschläge der Konjunkturkurve ausgleichen
479 helfen. Die Bundesregierung hat jedoch bislang jede Diskussion dazu mit dem
480 Argument abgelehnt, man wolle keine Vergemeinschaftung von Schulden. Wir GRÜNE
481 wollen, dass Deutschland mit dieser Verweigerungshaltung bricht. Die Vorschläge
482 sind durch die Tabuisierung nicht falsch geworden. Seit Jahren findet die
483 Vergemeinschaftung von Schulden über die EZB statt. Das Gegenargument der
484 Bundesregierung ist damit Augenschwermerei.

485 Zum Schuldenabbau auf der Einnahmenseite gehört neben der Bekämpfung der
486 Steuerhinterziehung auch eine Stärkung der Vermögensbesteuerung in Europa. Denn
487 öffentliche Schulden und die Konzentration von Geldvermögen sind zwei Seiten
488 derselben Medaille. Deshalb gehören die Stärkung der Einnahmen und ein Umsteuern
489 in den Haushalten ebenso zu unserem Green New Deal für Europa wie nachhaltige
490 Investitionen, sozialer Ausgleich und sinnvolle Strukturreformen. Für uns
491 gehören diese Schritte untrennbar zusammen.